

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtabonnementsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige
Pettizelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 38.

Sonnabend, den 22. September 1917.

21. Jahrgang.

Meinungsaustausch.

Zusammenarbeiten der Unternehmer- und Steinarbeiterorganisationen nach dem Kriege.

V.

In unserer Erwiderung in Nr. 27 des „Steinarbeiter“ wiesen wir darauf hin, daß Herr Sachmann eigentlich keinen Grund habe, über die Stellungnahme der Arbeiter in der Pflastersteinsollfrage zu wundern, da ja in dieser Frage nicht mal alle Unternehmer einer Meinung seien und außerdem die Arbeiter in den meisten Betrieben nicht ganz einwandfreien Mitteln zum Unterschreiben der Petitionsklassen veranlaßt wurden. Wir taten das in der Rücksicht, zuerst Herrn Z. darauf hinzuweisen, daß er erst mal Klärung und eine Stellungnahme unter den Unternehmern schaffen muß, wenn es gibt auch scharfe Gegner unter den Unternehmern. Man muß nur die Ausführungen des Herrn Kerber-Paunzberg auf dem Verbandstage der Steinarbeiter in Düsseldorf. Dann zeigte er ihm, daß die Lösung dieser Frage nicht so einfach ist, wie er vorläufig und resümiert, daß die modernen Staatengebilde so konzipiert und die Interessen der Unternehmer bezüglich der Ein- und Ausfuhr so unterschiedlich sind, daß da nicht jeder kleinen Industriegruppe Extrawünsche in Bezug auf Ein- und Ausfuhr zubilligt werden können. Unsere Einwände hält Herr Z. aber nicht für stichhaltig und rückt nun mit direkten Fragen auf uns los. Er schreibt:

Hier weicht nun Herr Z. von meiner Meinung, daß zum Ausschluß einer offenen Ungerechtigkeit und im Interesse der Arbeiter ein angemessener Zoll eingeführt werden mußte, vollständig ab. Er bringt eine Menge Gründe für die auch in Zukunft ungehinderte freie Einfuhr schwedischer Pflastersteine zum Vortrag, von denen ich kein einziger stichhaltig erscheint. Ich möchte Herrn Z. direkt sagen: 1. Welcher stichhaltige Grund liegt vor, daß ausgerechnet für schwedische Pflastersteine kein Zoll besteht, trotzdem daß die Einfuhr aus Schweden acht- bis zehnmal größer ist, als die deutsche Ausfuhr, und 2. welche Vorteile hat eigentlich die deutsche Steinarbeiterarbeit, deren Interesse doch Herr Z. vertreten will, daran, daß kein Zoll besteht? Auf die überzeugende Beantwortung der Fragen bin ich neugierig. In der Tat können die Unternehmer auch heute noch nicht verstehen, warum eigentlich sich die deutschen Steinarbeiter mit Schweden und Jütten gegen den Zoll wehren.

Es scheint Herrn Z. gar nicht zu gefallen, daß wir nicht gleich mit Kanonen und Trompeten auf seine Vorschläge eingegangen sind, und nun glaubt er durch direkte Fragestellung sein Ziel zu erreichen. Er häßelt ihn aber das Mißgeschick, daß er 1. diese Fragen an die falsche Adresse richtet und 2. übersteht, daß diese Fragen schon beantwortet wurden, und zwar von maßgebenden Personen. Hätte Herr Z. das vorliegende Material studiert, so hätte er diese Fragen sicher nicht gestellt. Wir können an dieser Stelle unmöglich die Ausführungen des Grafen Pofadowsky und des Staatssekretärs in Berlin bringen. Wir wollen aus der Begründung des letzten nur erwähnen, daß er hervorhob: „daß es gelungen sei, für 20 Positionen des schwedischen Tariffs Zollherabsetzungen zu erwirken, und das sei nicht leicht gewesen. Früher hat Deutschland die Zollsätze von 10 bis in die Höhe gestrauft und nun kommen die Länder und befolgen dieselbe Taktik“. Auch die Ausführungen des Abgeordneten Kaempff, v. Volkmar und Scheidemann können wir nicht bringen, wir betonen deshalb nur, daß beide von Herrn Z. gestellten Fragen erschöpfend beantwortet wurden, so daß wir uns die weitere Zeile sparen können. Er darf nur in aller Ruhe nachdenken. In dieser Frage bestimmen doch nicht die Unternehmer und Arbeiter der Steinindustrie allein. Herr Z. tut aber gerade so, als ob die Steinarbeiter und ihre Gewerkschaft, oder ihre Führer, schuld wären, daß der Zoll nicht kam. Hier schiebt sich sogar ein Unternehmer veranlaßt, Herrn Z. zurückzuweisen. Dieser schreibt in Nr. 31 des „Deutschen Steinbildhauer-Journals“:

Wir sind im wesentlichen ganz und gar der Meinung des Herrn Sachmann. Aber es will uns doch nicht angänglich erscheinen, die Steinarbeitergewerkschaft für die Ablehnung des Zolles auf schwedische Pflastersteine allein verantwortlich zu machen. Daß der Zoll nicht kam, ist lediglich Schuld der Regierung. Anstatt in erster Linie die berechtigten Forderungen der deutschen Steinindustrie zu prüfen und anzuerkennen, besaß sich diese vornehmlich — wenn nicht ausschließlich — mit den Wünschen der schwedischen Exporteure und der schwedischen Regierung. Und als sie dann alle diese Wünsche soweit wie irgend möglich berücksichtigt hatte, war natürlich für die deutsche Steinindustrie nichts mehr übrig. So ist die Sachlage naturgemäß standen damals die Arbeitnehmer der ganzen Branche ebenso machtlos gegenüber wie die Arbeitgeber. Die Regierung erklärte immer wieder, sie müsse bei Verhandlung der Frage auf dieses und das Rücksicht nehmen, sie könne unmöglich zugunsten der Steinindustrie so und so viel andere Industriezweige schädigen. Die Ausführinteressen Schwedens und Deutschlands müßten schließlich auf eine gemeinsame Basis gebracht werden. Und um das zu erreichen, war es notwendig, daß der von der deutschen Steinindustrie geforderte Zollschutz fallen gelassen wurde. Wir stellen uns nur fest, um die Arbeitnehmer in Sachen der Zollfrage nicht falschen Verdächtigungen auszuweichen. Wenn sich feinerzeit einzelne Mitglieder der Arbeitnehmerorganisation ganz unverständlicherweise für eine Zollfreiheit ausgesprochen haben, so lag das vielleicht daran, daß man das Vergleichen der von den Arbeitgebern aufgestellten Forderungen schon lange vor Aufnahme der Verhandlungen erkannt hatte. Uebrigens ändert das aber nichts an der Tatsache, daß die Regierung feinerzeit die Interessen der Steinindustrie und deren Interessen untergeordnet hat.

So urteilt ein Kollege des Herrn Z. und wir glauben, daß er nun erkennen wird, daß er auch in der Zollfrage den Sabel ganz woanders ansetzen muß, wenn er die Frage zur Zufriedenheit erledigt haben will.

Auf seine Unterstellung, daß wir der Pflastersteinindustrie Schwierigkeiten machen und den schwedischen Pflastersteinarbeitern nicht in den Rücken fallen wollen, gehen wir nicht ein. Wir glauben mindestens seit Ausbruch des Krieges bewiesen zu haben, daß uns die Besserung der Berufslage in der Steinindustrie eben so am Herzen liegt, wie Herrn Z. Dann glaubt er aber auch unsere Behauptung, daß in der Steinindustrie nicht die Löhne gezahlt werden, die auf Grund der Leistung nötig sind, zahlenmäßig zu widerlegen. Er schreibt:

Wenn derselbe anführt, daß die Löhne in der Steinindustrie nicht hoch genug seien und insbesondere nicht während des Krieges eine angemessene Erhöhung stattgefunden hätte, so ist dies nicht zutreffend. Nach dem soeben ausgegebenen Verwaltungsbericht der Steinbruchgewerkschaft ist der durchschnittliche Jahreslohn für einen Vollarbeiter von 648 Mk. im Jahre 1888 auf 1311 Mk. im Jahre 1916 gestiegen. Es ist also eine Erhöhung von über 100 Proz. eingetreten. Im Jahre 1916 betrug dieselbe allein 20 Proz.

Zahlen beweisen! sagt man. Und wenn irgend etwas beweist, daß wir recht hatten, so sind die Zahlen des Herrn Z. Muß er doch bis zum Jahre 1888, also über 30 Jahre zurückgehen, ehe er eine 100prozentige Lohnsteigerung nachweisen kann. Da wir aber 1888 zufällig nicht so sehr weit von der Heimat des Herrn Sachmann beschäftigt waren, wollen wir ihm auch sagen, was in diesem Jahre für die wichtigsten Lebensmittel bezahlt wurde.

Fleisch und Wurst kostete 40 bis 50 Pfg., Hammelfleisch 35 Pfg. pro Pfund. Ein Stückchen (1/2 Pfund) Butter 35 Pfg. Eine Mandel Eier (damals gab es noch Bauernmandeln zu 16 Stück) kostete 35 bis 60 Pfg. Ein Rapskuchen (ungefähr 2 Pfund) 5 Pfg. Serringe gab es 4 oder mindestens 3 für 10 Pfg. Für Kartoffeln zahlte man (Reise oder Scheffel) pro Zentner gerechnet 1 bis 1.20 Mk. Gemüse und Obst waren ganz wohlfeil. Kleidung, Schuhwerk, Wohnung usw. waren bedeutend billiger. Dies galt für das Königreich Sachsen. In Bayern, Preußen, Hessen und besonders Mecklenburg waren die Preise noch niedriger. Damit vergleiche man die Preise der Lebensmittel vor Ausbruch des Krieges. Was sind denn da 100 Prozent mehr Lohn? Nun sieht es aber so aus, als ob die Unternehmer aus freiem Antriebe die Löhne erhöht hätten. Das ist aber ganz und gar nicht der Fall, sondern in den meisten Fällen haben die Steinarbeiter durch ihre gewerkschaftliche Organisation erst die Löhne erkämpfen müssen und in vielen Fällen ist wochen-, ja monatelang hartum gerungen worden, und wenns erreicht wurde, so ist nur dem Zusammenhalt und der Widerstandskraft der Arbeiter zu verdanken. Wo die Arbeiter nicht organisiert waren, sind die Löhne trotz der gesteigerten Lebenshaltung niedrig geblieben. Wir können hier mit einwandfreien Zahlen aufwarten. Und was besagen die 20 Prozent Lohnsteigerung im Jahre 1916 bei einer Verteuerung der Lebensmittel um 150 Prozent? Besonders wenn man in Betracht zieht, daß ein Teil der Unternehmer gerade in der Pflastersteinindustrie nach Ausbruch des Krieges die Löhne herabsetzte und im Jahre 1915 auch nicht die geringsten Zulagen gewährte.

Für jeden, der hier gerecht urteilt, ist klar, und das ist auch von kompetenten Stellen bestätigt worden, daß die Arbeiter die größten Kriegesopfer gebracht haben und noch bringen. Daß aber auch die Arbeiter die schlechte Lage des Berufes kennen und auch berücksichtigen, ergibt sich schon aus ihren Forderungen, und bei allen Verhandlungen mit den Unternehmern haben diese ohne weiteres zu, daß die gestellten Forderungen voll berechtigt seien. Die Arbeiter haben ihre ganze Kraft daran gesetzt, um das zu leisten, was von ihnen verlangt wurde, sie haben Überstunden, Sonntags- und Nacharbeit geleistet, ja sie haben, wenn man die mangelhafte Ernährung betrachtet, über ihre Kräfte gearbeitet und die Folgen sind auch nicht ausgeblieben. Die Zahl der Erkrankungen steigt in den angängigstem Maße. Die Todesfälle mehren sich rapid, gerade in den Jahren, wo sonst noch auf eine zehnjährige Arbeitsfähigkeit gerechnet wird, brechen die Körper plötzlich zusammen. Die Schwindigkeit, der Würgeengel der Steinarbeiter, breitet sich auch in den Familien aus, weil die mangelhaft ernährten Körper weniger Widerstand entgegensetzen. Arbeiten, schuften, ohne Unterlaß, hungern und vorzeitig dem Tode überliefert zu werden, das ist das Los der Steinarbeiter in dieser Kriegszeit.

Das alles haben die organisierten Arbeiter vorausgesehen, wenn auch ihre Vorhellung um viele hundertmal von der Wirklichkeit übertroffen ward und deshalb waren, sind sie und bleiben sie Gegner aller Kriege.

Sie sind darum aber nicht mutlos, sondern sind stets bereit, wieder mit aufzuarbeiten zu helfen, und daß sie dazu den Willen und auch das nötige Verständnis haben, hat die Kriegszeit schon tausendmal bewiesen. Sind also die Unternehmer bereit, mit den Arbeitern ernstlich zu beraten, also Organisation mit Organisation, so lassen sich die von Herrn Z. angeregten Tariffragen regeln und insbesondere den Verhältnissen der einzelnen Gruppen innerhalb des Deutschen Reiches entsprechend ausbauen, so können in der Frage der Sozialversicherung des Nachwuchses Normen aufgestellt werden, die beide Teile befriedigen und auch in der Industriezweigsfrage kann wesentliches ge-

leistet werden, wenn Industrie und Arbeiter sich da gefördert werden, wo eine unabweisbare Notwendigkeit vorhanden ist, aber die Sache muß richtig beraten und systematisch angefaßt werden.

Paul Biewig.

Getragene Männeroberkleidung für heimkehrende Krieger.

Die Reichsbefleidungsstelle in einer Bekanntmachung vom 23. Juli bestimmt, daß die Kommunalverwaltungen dafür Sorge zu tragen haben, daß für heimkehrende Krieger ein Drittel der getragenen Männeroberkleidung reserviert werden soll. Die reservierten Kleidungsstücke müssen auf dem Preiszettel die Aufschrift tragen: „Für Krieger“ und sind auf den kommunalen Altbefleidungsstellen getrennt von den übrigen Lagerbeständen aufzubewahren. Es soll bei dieser Reservierung beachtet werden, daß das Drittel in der Reichsbesetzung dem Durchschnitt der gesamten Vorräte entspricht.

Die Abgabe dieser reservierten Kleidungsstücke darf nur an die während des Krieges oder infolge eines Befehls zur Abführung entlassenen Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres und der Marine erfolgen. Die Veräußerung ist nur zulässig, wenn der Entlassene die notwendigen Kleidungsstücke (Mantel, Jacke, Weste, Foppe, Hose, Wintermantel, Umhang) nicht besitzt und derart unbedient ist, daß er sich diese Kleidungsstücke zu dem heutigen Preise nicht kaufen kann. (Gehörte und Fracks gehören nicht zu den für entlassene Soldaten reservierten Kleidungsstücken.)

Ein jeder aus dem Heeresdienst Entlassene muß, bevor ihm ein solches getragenes Kleidungsstück veräußert wird, eine amtliche Bescheinigung des zuständigen Kommunalverbandes sowie einen ordnungsmäßig ausgefertigten Bezugsschein vorlegen. Für die Prüfung der Rechtmäßigkeit der Ausstellung vorgenannter Bescheinigung ist der jeweilige Kommunalverband zuständig, in dessen Bezirk der Krieger nach dem Eintrag in seinen Militärpapieren entlassen ist.

Die Ausstellung der amtlichen Bescheinigung geschieht auf einem besonderen Verdrud der Reichsbefleidungsstelle, der den Kommunalverwaltungen geliefert wird.

Am 25. August hat die Reichsbefleidungsstelle eine Art Ergänzung zu dieser Verordnung erlassen. In dieser wird von den Kommunalverbänden verlangt, daß sie durch öffentliche Bekanntmachung Kenntnis davon zu geben haben, wann sie mit dem Verkauf beginnen. Derselbe soll spätestens am 1. Oktober erfolgen.

Weiter wird in der neuen Bekanntmachung gesagt, daß die bisherige Tätigkeit der Wohlfahrtsvereinigungen, wie z. B. Rotkreuz, Nationaler Frauendienst usw., von dem Tage an eingestellt werden muß, an dem der Kommunalverband selbst mit der Abgabe der Kleidungsstücke an die heimkehrenden Krieger beginnt. Es sind Verhandlungen zwischen der Reichsbefleidungsstelle und diesen Wohlfahrtsvereinigungen vorauszusetzen, die diesen Bescheid zur Folge gehabt haben. Nur dann dürfen in Zukunft diese Wohlfahrtsvereinigungen unentgeltlich Kleidungsstücke an heimkehrende Krieger abgeben, wenn von dem zuständigen Kommunalverband eine Bescheinigung darüber vorgelegt wird, daß der Krieger die notwendigen Kleidungsstücke nicht besitzt und derart unbedient ist, daß er sich Kleidungsstücke zu den im Handel üblichen Preisen nicht kaufen kann. Diese Bescheinigung ist auf einem besonderen Verdrud anzustellen. Bezugsscheine werden für die so abzugebenden Kleidungsstücke nicht verlangt. Diejenigen Wohlfahrtsvereinigungen, welche auf diese Weise unentgeltlich Kleidungsstücke den Kriegern überlassen, müssen die vorerwähnte Bescheinigung durch den zuständigen Vermerk ungenügend machen und sie den Kommunalverbänden, die sie ausgestellt haben, abliefern. Die Kommunalverbände wiederum übergeben diese Scheine den zuständigen Bezugsscheinausfertigungsstellen, damit auf den betreffenden Personalkarten die Vermerke der Gratifizierung gemacht werden können.

Erhöhung der Familienunterstützung.

Die Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer beruht bekanntlich auf einem älteren Gesetz vom 28. Februar 1888, welches inzwischen bereits mehrere Änderungen erfahren hat. Während die Unterstützung der Ehefrau des Eingetragenen bei Beginn des Krieges in den Monaten Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober monatlich 9 Mk., in den übrigen Monaten 12 Mk. für die Kinder und Verwandte aufsteigender Linie sowie für Geschwister jedoch nur 8 Mk. monatlich betrug, ist sie jetzt derart erhöht worden, daß der Ehefrau 20 Mk. und den übrigen Verwandten 10 Mk. monatlich zugehen. Diese Sätze gelten als die reichsweiten Mindestsätze. Unterstützungen von Privatvereinen und Privatpersonen dürfen auf die Mindestsätze nicht angerechnet werden. Im Falle des Bedarfs hat der Versorgungverband über die gesetzlichen Mindestsätze hinaus das Erforderliche zu veranlassen. Nur alle natürlichen Versorgungsverbände haben die gemäß Aufträge zur gesetzlichen Familienunterstützung eingeführt, wenn sie die ländlichen Gemeinden hierin wiederholt aufgefordert worden. Die Geldunterstützung kann teilweise durch Lieferung von Brot, Kartoffeln, Brennmaterial usw. ersetzt werden. Auch davon hat man vereinzelt Gebrauch gemacht.

Um die Erhöhung der Familienunterstützung haben sich während des Krieges die Generalkommissionen der Gewerkschaften in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand wiederholt bemüht, ebenso ist seitens der sozialdemokratischen Gemeindevorstände und der Gewerkschaftskartellen durch entsprechende Eingaben geschehen. Um den finanziell schwachen Gemeinden die Gewährung von Zuschüssen zur gesetzlichen Familienunterstützung zu ermöglichen, stellte der Reichstag am 2. Dezember 1915 200 Millionen Mark für die erweiterte Kriegszulage zur Verfügung. Außerdem nahmen sich die Gewerkschaften der Kriegervorfamilien sofort an. Bereits in den ersten drei Kriegsjahren gaben sie an Unterstützung für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer 3 Millionen Mark aus, bis 30. Januar 1915 erhöhte sich die Summe auf 6,15 Millionen Mark, bis 30. April 1915 auf 7 Millionen, bis 31. Juli 1915 auf 10,12 Millionen, bis 31. Dezember 1915 auf 17,78 Millionen und bis 31. Dezember 1916 betragen die diesbezüglichen Zuschüsse 22.022.145 Mark. Die Gewerkschaften der Kriegervorfamilien sind der erweiterten Kriegszulage in dem auch von der Regierung wiederholt anerkannt worden. Aus diesem Grunde

stehen wir auch berechtigt zu sein, mit Rücksicht auf die heutigen Lebensverhältnisse weitere Wünsche unterbreiten zu können.

Die Erhebung der Unterstützung auf 20 Mk. für die Ehefrau und 10 Mk. für die übrigen Verwandten erfolgte mit dem 1. Dezember 1914. Der dieser Zeit hatten sich die Verhältnisse nicht geändert, sondern die Leistung hat weiter erheblich zugenommen. Zum Beweise dafür sei auf einen Besonderebericht der städtischen Marktstellenverwaltung zu Leipzig hingewiesen, in dem 20 der wichtigsten Lebensmittel aufgeführt worden sind. Die Preissteigerung ergibt sich auf die erste Augustwoche der Jahre 1914, 1915, 1916 und 1917. Da zwei von den angeführten Waren nicht in jeder Woche angeführt werden konnten, sind diese der Klarheit halber weggelassen worden. Danach mußten für die gleichen Lebensmittel ausgegeben werden:

im August 1914	12,88 Mk.
im August 1915	19,30 "
im August 1916	31,01 "
im August 1917	38,31 "

Diese ganz enorme Steigerung ist nicht im entferntesten durch die erfolgten Erhöhungen der Familienunterstützung ausgeglichen. Deshalb ist die baldige Erhöhung der Familienunterstützung eine dringende Forderung, zumal da der andauernden Steigerung der Lebensmittel auch noch der Mangel an Kleinwohnungen sich immer mehr bemerkbar macht, und das gleichzeitige Fortschreiten der Inflation, die Mieten zu steigern. Außerdem haben noch die Preise für Kleidung, Wäsche, Schuhwerk, Heizung eine wachsende Steigerung erfahren. Kein Wunder, wenn die Not und das Elend unter den Arbeiterfamilien da immer mehr überhand nimmt.

Die Sache steht heute leider so, daß diejenigen Arbeiterfamilien, die nur auf Unterstützung angewiesen sind, nicht einmal die Lebensmittel kaufen können, die auf Karten abgegeben werden. Auch hierfür ein paar Zahlen. Auf Anfrage des Kriegsamts hat das Altonaer Lebensmittelamt Erhebungen für den Monat Juli 1917 angefertigt. Der Erhebung sind alle Lebensmittel zugrunde gelegt, die auf Karten abgegeben werden. Hiernach erhielt eine Frau mit einem Kinde bis zu einem Jahre für 36,14 Mk. Lebensmittel, mit einem Kinde von 1 bis 4 Jahren jedoch für 71 Mk. Da in Altona die Frau mit einem Kinde 51,50 Mk. Familienunterstützung erhält, muß sie in anderem Maß 14,36 Mk. im werten Maße (jeweils 19,50 Mk. Schulden machen, wenn sie sich die auf Karten verbriefelten Lebensmittel alle kaufen will. Zur Bekämpfung des Lebensmangel sind aber noch mehr Maßnahmen erforderlich, als wie die auf Karten zur Ausgabe gelangenden. Wozu sollen diese nun führen werden?

Um weiter zu beweisen, daß die Familienunterstützung nicht ausreicht, sei die unaufrichtige Wochenansgabe für eine Person aufgeführt, die am Samstag mittags und abends die Kriegsküche benutzt. Ein Liter Fleisch kostete 40 Pf., für Arbeiterfamilien 20 Pf. Wochenspeise wird nur an Wochentagen, in der Küche für die Arbeiter, in den Bäckereien. Hier fortwährend auf Kriegsküchen zugewiesen ist, doch aber nur in einem Liter mittags und abends nicht, weshalb der Wochenspeise 2 Liter pro Tag zugrunde gelegt sind. Es müßte sich dann folgende Wochenansgabe für eine Person ergeben:

Essen in der Kriegsküche (mittags 1 1/2, abends 1 Liter)	3.-	Mk.
Wochen für Sonntag	1,50	"
Milch	1,80	"
Brot, Mehl	1,70	"
Kartoffeln	1,35	"
Feigwaren	1,15	"
Ein Ei	1,34	"
Butter, Margarine	1,45	"
Marmelade	1,25	"
Kaffee, Zucker	1,20	"
Milch	1,35	"
Wurstwaren	1,-	"
Thee	1,11	"
Summa	9.-	Mk.

Die Wochenansgabe dürfte eher zu niedrig wie zu hoch angesetzt sein, zumal um die notwendigen Nahrungsmittel aufgeführt worden sind. Auch für den Sonntag, wenn zu Hause gekocht wird, ist 1,50 Mk. für Mittag- und Abendessen nicht zu viel. Fleisch ist nur mit 50 Pf. berechnet, weil ein Teil der Marken in der Kriegsküche benutzt werden. Dasselbe gilt für Kartoffeln und Feigwaren. Hiernach für monatlich mindestens 39 Mk. für die Ernährung erforderlich. In Hamburg erhält die alleinlebende Frau 30 Mk. monatlich, in Altona 25 Mk. In Hamburg muß die Frau die Miete selbst bezahlen, während sie in Altona von der Stadt übernommen wird. Wenn die Unterbringung in beiden Städten fast gleich, wozu soll nun die Frau die Ausgaben für Kleidung, Wäsche, Schuhwerk, Heizung usw. bezahlen? Auch dieses Beispiel mag als Beweis dafür dienen, daß die Unterbringung heute nicht mehr ausreicht. Es ist nur noch zu bemerken, daß die Familienunterstützung in vielen Orten noch niedriger als in Hamburg-Altona ist, dann ist die Forderung nach Erhöhung der Unterstützung erst recht begründet.

Ein ganz ähnliches Beispiel haben sich nun noch entsprechenden Gewerbebetriebe zu einem das oder nicht, erweist wohl keine Ähnlichkeit mit den anderen. Die Unterbringung heute nicht mehr ausreicht. Es ist nur noch zu bemerken, daß die Familienunterstützung in vielen Orten noch niedriger als in Hamburg-Altona ist, dann ist die Forderung nach Erhöhung der Unterstützung erst recht begründet.

Die Unterbringung heute nicht mehr ausreicht. Es ist nur noch zu bemerken, daß die Familienunterstützung in vielen Orten noch niedriger als in Hamburg-Altona ist, dann ist die Forderung nach Erhöhung der Unterstützung erst recht begründet.

Abbau der Löhne nach dem Kriege.

In der Arbeiterbewegung besteht die Ansicht, daß die Löhne nach dem Kriege abgebaut werden müssen. Diese Ansicht ist nicht unbegründet, denn die Löhne sind heute auf dem Höhepunkt der Inflation angelangt, und es ist zu erwarten, daß nach dem Ende des Krieges ein Abfall der Löhne eintreten wird. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Produktion wieder in vollem Maße abläuft und die Nachfrage sinkt.

Gerne soll es dazu dienen, die gelehrten Facharbeiter, soweit sie freigeblieben sind, in der Industrie leichter unterzubringen. Dazu sollen die hohen Löhne abgebaut werden. Der Arbeiter schreibt die „Arbeitsgezeitung“: „Dieses System der wirtschaftlichen Betriebsführung ist aber ferner geeignet, noch eine dritte Wirkung von weittragender Bedeutung auszuüben: die infolge der Kriegswirtschaft ins Ungemessene gestiegenen Arbeitslöhne allmählich wieder in ein richtiges Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie zu bringen.“

Es folgt nun eine Darlegung über den „hohen Stand“ der Löhne, und dabei kommt der Verfasser zu dem Schluss, daß jede Erhöhung über 30 Prozent der Friedenslöhne ungerechtfertigt sei, weil auch die Privatangeestellten, die Gemeinde- und Staatsbeamten in den verschiedenen Ämtern mehr erhalten und auch auskommen. Der Verfasser versucht den Nachweis zu erbringen, daß das Lohnsystem die Wirtschaftlichkeit des einzelnen Arbeiter höher zu entlocken, ja durch die ungenügende Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft sogar höhere Kostenmehrwerte erstirke, allerdings (was Friedland verschweigt) auf Kosten der Gesundheit des Arbeiters.

Man muß wirklich sagen, daß die Lohnminderung schon jetzt die Arbeiter in die Armut drückt, wie man den Arbeitern die paar Pfennige Lohnzulage wieder entziehen und obendrein die Arbeitslosigkeit noch steigern kann. Die Arbeiter mögen sich das zur Not nehmen und ihre Enttäuschungen aushalten, damit sie dann zur einmütigen Abwehr gerufen sind.

Korrespondenzen.

Canabrid. Unser Kollege Karl Müller, der seit drei Jahren an der Verteidigung des Vaterlandes teilnahm, ist diesem schrecklichen Weltkrieg auch zum Opfer gefallen. Er war von einem türkischen Flugzeug abgestürzt und starb an Schwäche und Blutverlust in einem Feldlazarett in der Nähe von Tiba in Rußland und wurde am 15. August mit militärischen Ehren begraben. Die Familie verliert einen treusorgenden Vater und die Zahlstelle einen aufrechten und zielbewussten Verbandsvorgesetzten, der das Vertrauen seiner Kollegen und auch seines Arbeitgebers besaß. Die Kollegen der Zahlstelle werden sein Andenken in Ehren bewahren.

Meißen. Kollege Artur Dorfner ist am 30. Juli durch Granatplitzer getroffen und gefallen. In ihm verlieren die Mitstreiter und Meißener Kollegen einen sehr beliebten und für die Organisation tätigen Kollegen. Die Kollegen ehren sein Andenken am besten, wenn sie in seinem Sinne weiterarbeiten.

Den Zahlstellen werden jetzt die Pakete mit den Geschäftsbüchern zugesandt. Dies zur gefl. Kenntnis, damit nicht etwa die Annahme verweigert wird. Falls innerhalb 14 Tagen die Sendungen noch nicht eingetroffen sein sollten, ersuchen wir um Mitteilung.

Rundschau.

Der Deutsche Bundesdeutscher Verband 1914-1917. Bei Kriegsausbruch hatte der Verband 70.000 Mitglieder, von welchen bis 15. August 1914 zum Heeresdienst 11.519 einberufen waren, während am 31. März 1917 die Zahl der Einberufenen auf 64.478 gestiegen war. In Wehrurlauben kamen 6.400 zurück, neue Mitglieder traten rund 5000 hinzu, so daß 28.527 Mitglieder verblieben. Bis 31. März 1917 wurden für Unterstützungszwecke seit Kriegsbeginn 9.398.608 Mark verausgabt, davon für Familienunterstützung 2.081.588 Mk. Es muß hervorgehoben werden, daß nicht nur alle aus dem Felde heimkehrenden Mitglieder sofort ihrer Organisation sich wieder anschließen, sondern auch die früher dem Verbands nicht angehörenden Berufsgenossen. Der Verband war bemüht, einen Ausgleich gegenüber der fortgesetzten steigenden Teuerung zu schaffen, entsprechende Teuerungszulagen zu erzielen, und die Anerkennung höherer Grundpositionen des Tarifs noch während der jetzigen Tarifdauer durchzusetzen. Eine leistungsfähige Tätigkeit entfaltete das Tarifamt zur Unterbringung kriegsverletzter Kollegen.

Das gewaltig gesteigerte Vermögen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung hat trotz der Einwirkung des Krieges und der dadurch bedingten Verringerung der Einnahmen und Erhöhung der Ausgaben im Kriegsjahre 1915 noch um mehr als 100 Millionen Mark zugenommen und ist auch im Jahre 1916 trotz gesteigerter Aufwendungen weiter angewachsen. Der günstige Vermögensstand der Versicherung wird die Möglichkeit geben, bei Beseitigung der Kriegsschäden, soweit diese der Invalidenversicherung zur Last fallen, nicht engherzig zu verfahren.

Die Mitgliederzahl der britischen Gewerkschaften. Die amtliche Labour Gazette vom Juni 1917 enthält eine Statistik der Mitgliederzahl der Trade Unions zu Ende des Jahres 1915. Es bestanden 1106 Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von 4.126.793. Die Zunahme gegen das Jahr 1914 belief sich auf 5,3 v. H. Nachstehende Tabelle zeigt im einzelnen die Zahl der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder:

Baugewerbe:	Zahl der Gewerkschaften	Mitgliederzahl im Jahre 1915
Zieler und Zimmerer	2	101.927
Zugelöhner	15	26.788
Andere Arbeiter	45	99.765
Bergwerke:		
Northumberland, Durham, Cumberland	13	161.149
Yorkshire	5	138.182
Lincolnshire, Cheshire	16	85.882
Widlands, Kent	25	155.449
Sales	10	177.321
Schottland	11	110.378
Perthshire, Steinbrüche	9	28.822
Metall, Maschinenbau, Schiffbau:		
Eisen- und Stahlfabrikation	14	77.595
Eisen gießerei	9	49.522
Maschinenbau	59	352.049
Schiffbau	13	110.418
Verchiedenes	77	43.918
Wolle (Baumwolle):		
Weberei	43	208.315
Andere	103	128.409
Textil (Wolle usw.):		
Spinner, Weber usw.	90	92.219
Färber, Drucker, Magazinsleute	40	70.788
Kleidung:		
Strickerei und Schuhe	11	64.900
Schneiderei usw.	23	49.095
Transport:		
Eisenbahner	6	264.042
Strassenbahner usw.	16	94.733
Seefahrer	12	116.141
Hafenarbeiter	23	142.088
Graphisches Gewerbe	32	97.200
Polierarbeiten (Köche usw.)	79	65.210
Ladengehilfen usw.	11	111.107
Andere Gewerbe	203	175.638
Zugelöhner (Gastarbeiter usw.)	14	452.839
Staats- und Gemeindefunktionäre	77	146.689

In der Gesamtzahl der Mitglieder sind 400.915 weibliche Arbeiter eingeschlossen, gegen 330.002 im Jahre 1914. Ueber zwei Drittel (259.797) der weiblichen Mitgliederzahl waren in der Textilindustrie beschäftigt.

Graf Leo Tolstois Weltkriegsprophezeiung. ... Man kann die Glocken läuten, die Männer mit den langen Sägen Popeln werden sich in goldgefilzte Gewänder kleiden und für Nord gehen. Alsdann beginnt wieder die alte, längst bekannte Geschichte. Erklärte Menschen verdrängen, unter dem Vorwand Patriotismus, in den Reaktionen Haß und Mordlust und treiben doppelte Lohn dafür zu ernten. Die Besitzer von Werkstätten, Leuten, Lieferanten von Militärbedarf fangen an sich zu regen, sie alle erwarten doppelte Profite. Ferner sieht man, wie die militärischen Führer regen, denn sie bekommen doppelten und doppelte Reaktionen und hoffen, als Belohnung für die Verdienste, verschiedene Länder, Länder, Kreuze, Ehren, Stern erhalten.

Und nun wird man Hunderttausende von treuergehigen Menschen ihrer friedlichen Arbeit entziehen, sie von ihren Weibern und Kindern entziehen und mit Werdwerkzeugen hordenweise vorüberziehen lassen; die Verzweiflung in ihrem Gesicht sehen sie durch Singen, durch Schwelgereien und durch Märsche marschieren, müssen Kälte und Hunger erdulden, Krankheiten beschwichtigen sich ihrer und töten sie. Die Ueberlebenden sind endlich an einen Ort, wo man sie tausendweise hinschleudert und auch sie Tausende von Menschen, die sie nie gesehen haben und ihnen nie etwas zuleide getan haben können, töten werden.

Die Folge davon ist, daß die Menschen wieder gefühllos, wild und den wilden Tieren ähnlich werden; die Liebe hat sich während des Krieges verringert, und die bereits begonnene Christlichkeit der Völker wird abermals auf Jahrzehnte, auf Jahrhunderte abger. Diejenigen, welche davon ein Interesse haben, werden wieder behaupten, daß der Krieg notwendig gewesen sei, weil statigekunden habe, und die jungen Generationen werden ab und zu vorbereitet, indem man ihnen schon von den ersten Lebensjahren an die Köpfe verdrückt.

Literarisches.

Die Glode. Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Paul Janßen; Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68. Die erschienenen Hefte 24 enthält u. a. folgende Artikel: Janßen: Die Sozialisten oder der Papst? M. Beer: Die theologisch-sozialen Traktate. Hans Mackwald: Parlamentarismus oder Herrschaftsaparant? Paul Barthel: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Richard Wolke: Die Arbeit in der Flugzeugfabrikation. Konrad Haenßler: Arbeiter — Arbeiter — Arbeiter. Otto Hlatke: Das Wunder. Alfred W. Der Gesangene. Glosien. — Einzelhefte 30 Pfg., vierteljährlich 1 Mark bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Vereins Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von G. Reimer in Berlin.) Nr. 12 des 22. Jahrgangs enthält: Bericht über die Tätigkeit des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts in den Jahren 1915 und 1916. Die Tätigkeit des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts in den Jahren 1915 und 1916. Die Tätigkeit des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts in den Jahren 1915 und 1916. Die Tätigkeit des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts in den Jahren 1915 und 1916.

Adressen-Veränderungen.

Netten. Vorf. n. Raff.: Wolfgang Seigl.

Anzeigen

Granitsteinmetzen

für gestochte Arbeiten werden sofort eingestell. Winterarbeiten vorhanden.

Melissen-Zschollner Granitwerk, Georg Vol.

Aelterer, theoretisch gebild. Steinmetz

für in Verfertigung, Schrift und im Bruchbetriebe, sucht bei möglichst leitende Stelle.

Otto Helm, Aschersleben, Tio 17, II.

Selbständige Pflastersteinmacher

die sich den Vertrieb der Steine erleichtern wollen, erhalten während lohnende Aufträge bei wöchentlich Abnahme und Zahlung des fertigen Pflasters. Angebote mit Angabe des Materials an die Expedition des „Arbeiter“.

Im Felde gefallen

find nachstehende Kollegen:

- Joseph Rippberger, 43 Jahre alt, aus der Zahlstelle Großhennbach.
- Artur Herfurth, 36 Jahre alt, aus der Zahlstelle Meißener L.
- Albert Braun, 41 Jahre alt, aus der Zahlstelle Götze.
- Artur Heinrich, 27 Jahre alt, aus der Zahlstelle Halle a. S.
- Karl Müller, 42 Jahre alt, aus der Zahlstelle Canabrid.
- Wilhelm Stillger, 48 Jahre alt, aus der Zahlstelle Bögler.
- Albin Krebs, 28 Jahre alt, und Gust. Fichte, 21 Jahre alt; beide aus der Zahlstelle Domig.
- Alfred Ortner, 27 Jahre alt, aus der Zahlstelle Götze (Schl.).
- Michael Köhler, 39 Jahre alt, aus der Zahlstelle Niedere (Württemberg).

Ehre ihrem Andenken!

(Bitte ersuchen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesangelegensformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.) In Ritzschberg am 7. September der Sandsteinmetz Adam Eich, 46 Jahre alt, an der Ruhr. In Wahren am 11. September der Steinmetz Johann Genb, 49 Jahre alt, an Verbleiben.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Paul Biemig, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Retationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.